

Neues Deutschland, 16.02.2011, **Wie den Aufmarsch verhindern?**, Ines Wallrodt,
<http://www.neues-deutschland.de/artikel/191068.wie-den-aufmarsch-verhindern.html>

Am kommenden Sonnabend wollen die Nazis durch Dresden marschieren / Vor dem geplanten Nazi-Demonstration in Dresden laufen die Diskussionen auf Hochtouren

Kommenden Sonnabend wollen Tausende Menschen erneut den angekündigten Naziaufmarsch in Dresden verhindern. Der Aufruf hat viele Unterstützer, aber ist nicht unumstritten. Wie berechtigt ist es, eine Demonstration, die nicht verboten ist, zu blockieren? Was sagen verschiedene Seiten, und womit müssen die Blockierer rechnen?

Das Urteil sorgte für Empörung: Die Polizei hätte den Nazis im Jahr zuvor den Weg freiräumen müssen, entschied das Verwaltungsgericht Dresden im Januar. Sie habe es rechtswidrig unterlassen, den nicht verbotenen Aufzug am 13. Februar 2010 zu gewährleisten. Die Polizei hatte damals mit Blick auf die Massen an Gegendemonstranten erklärt, dass das nicht möglich sei. Das sieht die Politik auch heute noch so. Die Polizei habe die richtigen Entscheidungen in der damaligen Situation getroffen, erklärte Sachsens Innenminister Ulbig. In einem Zeitungsbeitrag ging der Dresdner Verwaltungsrichter Markus Scheffer noch einen Schritt weiter: Oberbürgermeister und Universitätsleiter dürften aus Neutralitätsgründen nicht zu einer Menschenkette gegen Fremdenfeindlichkeit aufrufen, so Scheffer. Damit hat sich die Justiz in den Augen vieler Dresdner komplett disqualifiziert.

Abgesehen von der Rolle staatlicher Akteure im Hinblick auf Blockaden gilt für Teilnehmer: Friedliche Blockaden sind zwar nicht legal, mögliche Konsequenzen sind aber überschaubar. So kann es passieren, dass Blockierern Strafbefehle wegen Nötigung ins Haus flattern, meist wird diese Aktionsform aber nur als Ordnungswidrigkeit behandelt, für die ein Bußgeld gezahlt werden muss. Und je mehr Menschen sich beteiligen, umso unwahrscheinlicher ist auch das, zeigen die Erfahrungen.

Die CDU-Stadtspitze laviert. Sie unterstützt nur symbolische Aktionen wie die Menschenkette. Das Bündnis »Dresden Nazifrei!«, das zu den Blockaden aufruft, wirft der Stadt Ignoranz und Stillstand vor. Sie sei nicht gewillt, dem Nazi-Aufmarsch sichtbar und aktiv entgegenzutreten.

Jahrelang war Dresden wegen seiner zögerlichen Haltung gegenüber dem jährlichen Nazi-Fackelmarsch in der Kritik. 2010 deutete sich erstmals ein vorsichtiges Umdenken an. Seit dem Gerichtsurteil scheuen CDU-Politiker selbst persönliche Statements gegen den braunen Aufmarsch. Die Versammlungen von Rechtsextremisten und Nazi-Gegnern sollen dieses Jahr weit voneinander entfernt stattfinden. Das heißt, die Nazis bekommen Platz in der Altstadt, die Gegner dürfen nur in der Neustadt demonstrieren. So war es am Sonntag, so soll es auch kommenden Sonnabend wieder sein. Gerichte haben das Trennungskonzept bestätigt.

Andere Parteien sind da entschiedener: So rufen die LINKE sowie Vertreter von Grünen und SPD dazu auf, den Naziaufmarsch zu stoppen. Insgesamt sind Blockaden aber mittlerweile bis weit ins »bürgerliche Spektrum« hinein anerkannt und praktiziert. Selbst der Dresdner CDU-Ordnungsamtschef Sittel wird mit dem Satz zitiert, dass Blockaden zwar nicht legal, aber legitim seien. Das Credo der Blockierer lautet: Wir blockieren, wo Nazis marschieren. Viele Menschen verstehen nicht, warum die rechtsextreme Demonstration nicht verboten ist. Gewalttäter, Rassisten und Geschichtsleugner hätten das Recht dazu verwirkt, meinen sie. Entsprechend scharf ist die Kritik an Gerichten und Politik, die die Gefahr herunterspielten. Die Justiz sei »träge und formalistisch«, der Rechtsstaat »apathisch«, kritisiert etwa das Aktionsnetzwerk Jena, dessen Diskussionspapier auf der Seite des Bündnisses »Dresden Nazifrei!« zu finden ist. Aus dieser Sicht sind die Blockaden ein Akt der Selbsthilfe, weil der Staat nicht willens sei, seine Aufgabe zu erfüllen.

Schwieriger ist es für Antifaschisten, die diese politische Auseinandersetzung eigentlich nicht an den Staat delegieren wollen. Mit welcher Begründung können sie den Nazis den Weg versperren? Das Grundrechtekomitee, das regelmäßig das Demonstrationsrecht gegen Einschränkungen verteidigt, erklärt das so: Der entscheidende Punkt sei, wer den Naziaufmarsch verhindert. Vom Staat erwartet man das nicht. Der müsse die Grundrechte wahren, also auch die der Rechtsextremisten. Aber die Bürger könnten durchaus der Meinung sein, Fackelmärsche und Hetzparolen nicht haben zu wollen und sich zusammentun. Amtshilfe von der Polizei sollte man dabei nicht erwarten, wohl aber, dass diese sich an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit hält.

Die Polizei muss das neue Trennungskonzept durchsetzen. Organisatoren der Blockaden befürchten härtere Auseinandersetzungen mit den Ordnungshütern. Diese wehren sich gegen den Vorwurf aufgebrachter Bürger, sie würden die Nazis schützen. Die Polizei schütze nicht die Rechtsextremisten, sondern die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, erklären Polizisten am Info-Punkt in der Dresdner Innenstadt. Sie sind also genauso dafür da, die Antifaschisten vor etwaigen Angriffen der Neonazis zu bewahren. Trennungskonzept und Gerichtsurteil hin oder her – jeder Polizeieinsatz muss verhältnismäßig sein. Friedliche Demonstranten dürfen nicht von der Straße geprügelt werden.

die tageszeitung, 16.02.2011, **Linke planen mit vier Szenarien**, Andreas Speit und Martin Kaul, <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/linke-planen-mit-vier-szenarien/>

Kommenden Samstag wird in Dresden mehr los sein als letzte Woche. Das Gegenbündnis geht davon aus, dass der Nazi-Aufmarsch verhindert wird.

Letzte Woche in Dresden: Linke rufen aus einem Haus heraus Parolen in Richtung Nazi-Aufmarsch. Foto: reuters

Am Samstag will die rechtsextreme Szene erneut in Dresden aufmarschieren. Die "Junge Landsmannschaft Ostdeutschland" (JLO) und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) hoffen, mehrere tausend Kameraden an die Elbe lotsen zu können. Aus internen Mails der NPD, die der taz vorliegen, geht hervor, wie energisch der Nazi-Marsch vorbereitet wird. Doch ob sie marschieren – darüber wollen tausende Gegendemonstranten mitentscheiden. "Wir sind zuversichtlich, am Samstag mit dem Mittel der Massenblockade den Naziaufmarsch erneut zu verhindern", sagt Stefan Thiele vom Bündnis "Dresden Nazifrei".

Im vergangenen Jahr hatten Blockaden mit der Beteiligung von über 12.000 Menschen den Marsch von rund 6.000 Neonazis unterbunden. Diese Schmach sitzt tief. Um 2011 nicht wieder nur herumstehen zu dürfen, wurde in diesem Jahr daher gleich zu zwei Samstagen mobilisiert. Nicht ohne Erfolg: Zwar haben am vergangenen Sonntag mehrere tausend Gegendemonstranten Gesicht gezeigt gegen 1.600 Neonazis, sie haben auch dafür sorgen können, dass die Aufmarschrouten der Nazis verkürzt werden mussten. Doch weil diese danach weitgehend ungestört durch Dresden marschieren konnten, feiert sich die Nazi-Szene derzeit selbst. Die JLO bezeichnet den Aufmarsch als "vollen Erfolg".

Dies könnte die Szene jetzt verstärkt mobilisieren. Unter dem Motto "Dem Recht auf Gedenken - Der Wahrheit eine Gasse" hat sie für kommenden Samstag eine Großkundgebung angemeldet. Zu einem der größten Neonaziaufmärsche Europas wollen die Rechtsextremen aus allen Teilen Deutschlands und auch aus dem Ausland anreisen.

Busrouten der Neonazis

Am Samstag um 5 Uhr morgens will die NPD Baden-Württemberg von Stuttgart über Heilbronn und Crailsheim nach Dresden fahren. In Niedersachsen starten NPD und Kameradschaftsszene von Wolfsburg aus. Der NPD-Verband in Thüringen plant, die Kameraden in Kirchheim, Bad Hersfeld und Herleshausen bei kurzen Busstopps einsteigen zu lassen. Von Rathenow wollen sie über Brandenburg und Michendorf kommen. In Rheinland-Pfalz fahren sie von Herschberg, über Homburg (Saar), Kaiserslautern und Ludwigshafen los. Das "Natio-

nale Augsburg" startet von seinem Heimatort über Ingolstadt und Nürnberg. Daneben könne es weitere "Sonderhalte" geben, um Interessierte aufzunehmen. Traditionell teilen die Rechtsextremen den genauen Ablauf ihrer Veranstaltungen erst kurzfristig mit, um möglichst wenig gestört zu werden.

Auch die Stadt Dresden, die die Demonstration mit allen Mitteln durchsetzen will, äußerte sich bislang noch nicht zu den für kommenden Samstag angemeldeten Veranstaltungen. Fest steht nur, dass erneut tausende Polizisten im Einsatz sein werden, um die beiden Lager von einander zu trennen.

Das Bündnis "Dresden Nazifrei", ein Zusammenschluss aus gesellschaftlichen Gruppen, Verbänden, Parteien und Einzelpersonen, will deshalb die Neonazis bereits auf ihren Anfahrtswegen aufhalten und konzentriert sich bei der Mobilisierung vor allem auf den Hauptbahnhof und den Bahnhof Neustadt.

Die Nazigegner wollen mithilfe der "Finger-Taktik" die Aufzugsorte umkreisen, sechs Finger sind geplant. Die Gegendemonstranten bereiten sich dabei auf vier verschiedene Szenarien vor, mit denen sie auch spontan auf Planänderungen der Neonazis reagieren können.

Das Bündnis, das für Samstag mit über 10.000 Gegendemonstranten rechnet, erwartet sechs Buskonvois aus allen Teilen Deutschlands, die ebenfalls bereits in der Nacht ihre Ausgangsorte verlassen. Insgesamt sollen über 200 Busse - und damit weit mehr als im Vorjahr - mit Gegendemonstranten aus Deutschland und benachbarten Ländern in Dresden eintreffen. Auch Dresdner Bürger wollen sich am Samstag an dem Protest beteiligen. Die Kirchengemeinden haben über 30 Versammlungen an verschiedenen Orten angemeldet, um den Neonazimarsch zu erschweren. Auch Parteien und Gewerkschaften kündigten an, sich an den Aktionen zu beteiligen.